

Zu den Betriebsratkonferenzen am 17. Januar — Ihre Bedeutung für die Stärkung der roten Einheitsfront

Am Sonntag, dem 17. Januar, finden in den hiesigen Unterbezirken Konferenzen der Betriebsräte statt, die Stellung nehmen zu den Kampfmaßnahmen der Arbeiter und Angehörigen gegen die unabweislichen Unternehmerrückgriffe auf die Lebenshaltung der Massen. Ein Empörungsturm ist in allen Betrieben und Büros über den Lohn- und Gehaltsabbau, Streiks entkommen und die Ausbeuter werden durch die wichtigen Schläge der geschlossenen Arbeiterfront gezwungen, den diktierten Lohnabbau rückgängig zu machen. Im Betrieb Jahn in Leipzig wird durch die einheitliche Kampffront, durch den Streikbeschluss die Direktion gezwungen, die geplanten Lohnabschnürungen rückgängig zu machen. In Limbach, bei der Firma Schürmann, beschließt die Belegschaft einmütig den Streik gegen die trotz Anfrischung der Direktion auf einen Lohnabbau von 27 Prozent. Der rote Betriebsrat fordert, sich während auf diesen Streikbeschluss, Zurücknahme des angeführten Lohnabbaus, und der Kapitalist — kriecht zu Kreuze; vor der geschlossenen Einheitsfront der Belegschaft weicht er zurück. Diese wichtigen Beispiele glänzender Erfolge proletarischer Einheitsfront sind nur ein Teil der glänzenden Aktionen in diesen Betrieben, die immer noch zunehmen. Sie zeigen aber auch, daß Brüning die ungeheure Kraft der proletarischen Einheitsfront unter der Führung der KPD und der KGO sehr richtig einschätzte, als er auf der letzten Reichstagswahl das Zentrum nach Kitzingen konnte; durch seine Politik des schrittweisen Abbaus der Löhne und Gehälter und der zunehmenden Verschärfung der sozialistischen Diktatur habe er die Einheitsfront des Proletariats verhindert, somit die größte Gefahr für die Herrschaft der Ausbeuter beseitigt.

7 Millionen sollen den Lohn- und Gehaltsempfängern durch die Notverordnungen abgezogen werden. 7 Milliarden sollen durch den „Leipziger Neuesten Nachrichten“, das „Scharfmäckerblatt“, werden an Lohn, Gehalt und Sozialunterstützung gekürzt, werden in die Taschen der verabschiedeten Kapitalisten fließen, wenn der Raubzug Wirklichkeit wird. Die Streikführer der Bourgeoisie, die SPD- und Gewerkschaftsführer, haben alle Hände voll zu tun, um die empörten Arbeiter vom Kampf abzuhalten. Ihre Streikführerrolle ist gerade in den letzten Wochen hunderten Tausenden von Arbeiterinnen und Arbeitern klar geworden, die ihnen bisher folgten. Einer der berühmtesten reformistischen Säulen in den hiesigen Großbetrieben, der Betriebsratsvorsitzende Leuber von Zeibel & Neumann, Dresden, wurde von seinen eigenen Parteigenossen und Gewerkschaftsfunktionären beschuldigt, daß er ihnen, die als Kampfbatterien mit wenigen Lohnempfängern hungern müssen, „Kabe“ empfiehlt, während er selbst seinen vollen Lohn hat und dazu sich jede Sitzung im DKB bezahlen läßt und nebenbei noch einen Handel mit Schreibmaschinen betreibt. Diese korrupten Elemente verlieren ihren Anhang in raschem Tempo. Das Klassenbewusstsein, die Kampfbereitschaft der Massen weckt sich, das Vertrauen zur KPD und KGO wächst in dem Maße, als die roten Betriebsräte die Führer der Belegschaft im Kampf gegen die Unternehmerrückgriffe sind.

Die Nationaldemokraten, denen es bisher nicht gelang, in den Betrieben nennenswerten Einfluß zu gewinnen, versuchen jetzt, die Arbeiter für sich zu gewinnen, für das 3. Reich der Großbourgeoisie, in dem jeder Streikende erschossen werden soll. Auf der Ehrmühler Gaststätte der NSD (Nationalsozialistische Betriebszelle) am 22. November 1931 forderte der Referent:

„Erste Pflicht der nationalsozialistischen Arbeiter ist unbedingt die Beschäftigung der erwerbslosen Parteigenossen und die Ausschaltung der marxistischen Arbeiter.“

Diese Richtlinien werden von den größten Scharfmäckern, den Nationalkapitalisten verfolgt. Das genügt aber nicht für die Eröberung der Betriebe durch die Nazis. Deshalb verübt der „Arbeitskampf“, das „Kutschmannblatt“, vom 20. Januar 1931: Die Nazis sind unter dem heutigen System „für den Streik“. Aber schon wenige Tage später klettert das Blatt, ebenso wie die SPD, die die bürgerliche Presse über „verheerliche Streikführer an der Ruhr“ und beweis, daß ihm die Profite der Kohlenbarone heilig sind, während der Existenzkampf der Arbeiter im Kampf befeuert wird.

Die Betriebsbelegschaften setzen bereits die lähmenden reformistischen Forderungen in den Betrieben. Durch Streiks, passive Resistenz und andere Kampfmethoden betrieblicher Art werden die Angriffe der Kapitalisten zurückgeschlagen. In den letzten Wochen sind große Erfahrungen von den Arbeitern im Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre sozial- und nationalsozialistischen Unternehmerrückgriffe gesammelt. Die Betriebsräte haben die Aufgabe, diese Kampferfahrungen zu beraten, die veränderten Bedingungen des Kampfes zu unterziehen, um an der Herstellung der Einheitsfront erfolgreich weiterzuarbeiten.

Die hiesigen Betriebsratkonferenzen haben deshalb im Zeichen der Festigung der roten Einheitsfront des Proletariats, der weiteren Verbindung der Betriebe im Unterbezirksverband, der Steigerung der revolutionären Kampfkraft gegen Vorkraut und Faschismus. In den wichtigsten Teilen Südosts werden revolutionäre Betriebsratbeiräte geschaffen, die die Betriebsbewegung führen, sie in allen gewerkschaftlichen und arbeitsrechtlichen Fragen schulen, um das Niveau der revolutionären Betriebsbewegung zu heben.

Die Verläufe der Reformisten, durch Ausdauerverlängerung der Betriebsräte ihre Positionen im Betrieb zu sichern, ihre Streikführerrolle im Dienste der Unternehmerrückgriffe auszuüben, der helle Empörung in allen Betrieben auszulösen. Brüning hat durch seine Notverordnung den Willen der KPD-Führer durchgebrochen, die bekanntlich den Antrag des Bergbauindustrieverbandes auf Verlängerung der Betriebsratkommissionen als „Nationaler“ entgegengenommen. Die Antwort der Parteien im Betrieb, deren Rechte durch die Reformisten immer mehr mit Füßen getreten werden, ist ein Proteststurm und die stürmische Forderung nach Neuwahl. Hinweg mit Veräulern und feigen Elementen! Dieser Kampf der Arbeiter wird in immer härterer Weise im Betrieb erhoben. Er bringt zum Ausdruck die Erkenntnis der Betriebsbelegschaften, daß ein erfolgreicher Kampf gegen die kapitalistische Offensive nur unter Führung der KPD und KGO möglich ist.

In einer Reihe von Betrieben ist noch keine Betriebsratsetzung. Aus irgendwelchen Schwächen sind Betriebsräte wohl unterblieben. Die Aktivität der Belegschaften wächst, und die Aufgabe der KGO ist es, dort Sorge zu tragen für die Wahl eines roten Betriebsrates. Die erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung dieser Betriebsratwahlkampagne gilt es sofort in Angriff zu nehmen. Alle sozialistischen und organisierten Arbeiter werden in den Partikeln, KGO-Gruppen und Ortskomitees bereits in Angriff genommen.

Die Bedeutung der Unterbezirksbetriebsratkonferenzen ergibt sich aus den hier aufgeführten Aufgaben. Die örtlichen Parteieinheiten, die Zellen und roten Betriebsräte müssen die wenigen Tage bis zum 17. Januar ausnützen, um alle Klassen der Betriebe und Arbeiter, ganz gleich welcher politischen Richtung, zur Teilnahme und Mitarbeit an der Herstellung der roten Einheitsfront gegen Lohnabbau und sozialistische Notverordnungen anzufragen.

Streiks und Kampferfolge in Gachsen

Thermefol-Kadebeul beschließt passive Resistenz

Dresden, 13. Januar.

Eine gestern stattgehabte Belegschaftsversammlung der Gamm- und Thermo-Fabrik Thermo in Kaddebeul beschloß gegen nur zwei Stimmen ab heute früh passive Resistenz gegen einen 14prozentigen Lohnabbau. Der Lohnabbau beträgt in der Spitze 60 Mark pro Woche, was nach die Mindernde der Bürgerkassen in Höhe von 1,50 Mark tritt.

Chape muß Kündigung zurücknehmen Durch Druck der Käufer erzwingen

Vor einiger Zeit wurden in der Chape-Fabrik Dresden-K., Kassastraße, vier Angestellte gekündigt. Darauf sofort ein Proteststurm der werktätigen Käufer unter Führung der KGO und die Direktion mußte sich gezwungen, die Kündigung zurückzunehmen. Den Angestellten wurden neue Verträge vorgelegt, die monatliche Kündigung und tageweise Beschäftigung vorsehen. So antwortet die Direktion auf die Forderungen der „Chape“-Angestellten und Käufer. Nach dem ersten Erfolg müssen die Käufer und Angestellten für die Beseitigung dieser Scheinverträge kämpfen.

Weiter die Lage der Angestellten in den Warenhäusern und besonders in der „Chape“, berichten wir morgen ausführlich.

Lohnabbau durch Streik abgewehrt

Leipzig, 13. Januar. (Eig. Bericht.)

Starkem militärischen Druck der Belegschaft des Metallbetriebes Kersch & Piebig gegen den drohenden Lohnabbau geschlossen in den Streik. Sozialdemokratische Arbeiter kämpften Schulter an Schulter mit ihren kommunistischen und parteilosen Kollegen. Durch die Geschlossenheit der Belegschaft wurde der Unternehmer gezwungen, den Lohnabbau rückgängig zu machen. Daraufhin nahm die Belegschaft heute vorzeitig die Arbeit geschlossen wieder auf. Die Gewerkschaftsleitung lehnte ab, die Verteilung ebenfalls in die Streikfront einzubeziehen und zwang sie somit zum Streikbruch. Die Verteilung übten daraufhin im Betriebe passive Resistenz.

Streik der Tiefdrucker in Leipzig

Leipzig, 13. Januar.

Seit gestern mittag streiken die Tiefdrucker der Deutschen Mignon-Werke und der Firma Brandtletter. Bei der Firma Mignon treten die Arbeiter in den Streik, weil eine

geforderte Lohnhöhung nicht bewilligt wurde. Die Firma Brandtletter übernahm darauf die Arbeiter der Mignon-Werke, worauf die Tiefdrucker der Firma Brandtletter aus Solidarität den Streik aufnahmen.

Da zu vermuten ist, daß die Firma Brandtletter ihre Arbeiter nach Berlin verlegt, ersuchen die streikenden Tiefdrucker die Verfassungen überall um Solidarität.

Erfolgreiche Streiks am Rhein

Düsseldorf, 12. Januar.

Die Arbeiter des Betriebes Hülde in Hohenlimburg haben den Lohnabbauverlauf des Unternehmers abgewehrt. In Kenntnis des einmütigen Streikwillens mußte der Unternehmer sich verpflichten, die alten Löhne weiter zu zahlen. Im Betrieb Billow hatten die Kollegen beschlossen, am 11. Januar in den Streik treten. Daraufhin verpflichtete sich der Unternehmer, bei den Tagelöhnern keinen Pfennig Lohnabbau und bei den Lohnempfängern kein 10prozentigen Lohnabbau vorzunehmen. Angesichts dieses teilweisigen Lohnabbaus vorzunehmen. Im Betrieb Schwane-Meyer, Letmathe, mußte sich der Unternehmer ebenfalls verpflichten, keinen Lohnabbau vorzunehmen.

Kampfbeschluss führt zum Erfolg

Salle, 12. Januar.

Eine Belegschaftsversammlung der Bricketfabrik Wällich beschloß einmütig den Kampf gegen jeden Lohnabbau. Unter dem Eindruck des Harten Kampfwillens der Belegschaft erklärte die Generaldirektion, daß der bestehende Lohnvertrag bis zum 1. Februar 1932 bestehen bleibt.

Streik schafft Arbeitsdienstpflicht ab

Königsberg, 12. Januar. (Eig. Ber.)

In Allenstein (Westpreußen) hatte der Magistrat sämtliche Jungarbeiter die Arbeitsdienstpflicht, die dem Jobbient, Streikdrucker gegen die Betriebearbeiter zu überempfindlich. Viele militärische Zwangsarbeit, die durch ein Hauptziel der Parteiproleten ist. Die auf den energiegelassen Stand der Jungproleten, die in den Streik traten. Nach zweimaligen Tagungen geschlossenen Kampfes der christlichen, sozialdemokratischen und kommunistischen Jungarbeiter, hat der Magistrat kopuliert und die Arbeitsdienstpflicht aufgehoben.

Um die Hindenburg-Kandidatur

Hindenburg verlangt „überparteilichen“ Ausschuß für seine Wiederwahl

Hindenburg hat gestern dem Reichskanzler Dr. Brüning mitgeteilt, daß er seine weiteren amtlichen Bemühungen für seine Kandidatur wünscht, sondern daß die Frage seiner Kandidatur einem „überparteilichen“ Ausschuß übertragen werden solle. Als Vorsitzender dieses Ausschusses wird bereits der frühere Reichswehrminister Dr. Gessler genannt.

Nach Drogenberg hat nunmehr auch Hitler in einem Schreiben an Brüning mit „verfassungsgerechten“ Bedenken die Verlängerung von Hindenburgs Amtszeit durch den Reichstag abgelehnt.

Die SPD ist über den Ausgang des Präsidentschaftswahlkampfes ziemlich betrübt, weil den SPD-Führern zweifellos eine Wiederwahl im Reichstag gelegener gewesen wäre. Aber der geistige Fortschritt gibt bereits zu verstehen, daß auch die SPD nichts dagegen einzuwenden habe, wenn Hindenburg als gemeinsamer Kandidat aller Parteien gegen den kommunistischen Kandidaten Thälmann im Stimmzettel-Wahlkampf aufgestellt werden

KPD verhindert Reichstagsinberufung

Nazis und SPD stützen die Brüningpolitik mit verteilten Rollen

Der Vorkomitee des Reichstages beschäftigte sich am Dienstag mit dem Antrag der kommunistischen Fraktion auf Einberufung des Reichstages, der eingebracht war, um zu dem kommunikativen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung zu kommen. Am 1. und 2. Dezember, zu einer Innung und wirtschaftspolitischen Aussprache und zu einer außerpolitischen Debatte Stellung zu nehmen. Genosse Toralier begründete den Antrag, indem er darauf hinwies, daß sich inzwischen die ungünstigen Auswirkungen der Notverordnung vom 8. Dezember in Gestalt des 10 bis 15prozentigen Lohn- und Gehaltsabbaus, des Abbaus der sozialen Einrichtungen und den übrigen die Massen in der schmerzlichen Weise belastenden Maßnahmen gezeigt haben. Der kommunistische Antrag auf Aufhebung dieser Notverordnung entsprache allen den Lebensinteressen der werktätigen Massen.

Nachdem die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion erstürzt hatten, daß für sie mit Rücksicht auf die außerpolitischen Verhandlungen keine Veranlassung zur vorzeitigen Einberufung des Reichstages bestünde, wurde der kommunistische Antrag auf Reichstagsinberufung abgelehnt. Nach den kommunistischen Stimmen nur noch die Vertreter der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen für die Einberufung, nachdem diese Demagogien sich vergewissert hatten, daß eine Mehrheit gegen den kommunistischen Antrag vorhanden war.

KAP-Ortsgruppe zur KPD übergetreten

Ballekar, 13. Januar.

In der öffentlichen Versammlung in Ballekar am 5. Januar trat die Ortsgruppe Kallekar der Sozialistischen Arbeiterpartei bis auf zwei Mitglieder der Kommunistischen Partei bei. Die KPD-Übertritt geschah nach der Vertreibung des gesamten Unterbezirks der SPD und mit ihm gleichzeitig eine Funktionärin der SPD mit einer ganzen Anzahl Genossen an.

Nazirauüberfall auf Geschäftsfrau

Wie mir aus zuverlässiger Quelle erlitten, hat sich in Halleberg ein unabweislicher Vorfall abgespielt. Zwei bekannte Nationalsozialistische Mitglieder und 31 andere sollen eine hiesige jüdische Geschäftsfrau überfallen haben, da sie bei ihr das Geld aus der Lebenskasse verweigerte. Jetzt verleihe die Regierung bei

Brüning-Regierung auf dem Wege der Untertwerfung

„Die Stunde der Repressalien schlägt“

Die transpallische Regierung hat die Erklärung abgegeben, die Reparationsfrage mit der offenen Aufkündigung von Reparationen beantwortet. Daraufhin steht die Brüningregierung voran, schon jetzt den Rückzug anzutreten. Die Diktatorhandlung vertritt eine Mitteilung „von jüdischer Seite“, in der es heißt, daß es sich bei dem Ansehen der Reichsregierung über die Tribüne nicht um eine Auffassung der Regierung im Sinne der Justizierung der Diktatorhandlung, sondern um eine Neukonzeption (wie sie ja auch transpallische Ministerpräsident Canal gemacht hat), die Stellung die deutsche Reichsregierung auf der Vorantenne der Frage der Tribüne einzunehmen gedente.

Hofverratsprozess gegen Gen. Florin

Der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Florin, der Führer der kommunistischen Partei des Ruhrgebiets, steht am 13. Januar vor dem Leipziger Reichsgericht unter der Anklage des Verlebens des Verbrechens der Vorbereitung zum Hochverrat. Die Angeklagte steht auf einige Flugblätter, teurer auf einen Brief in dem Funktionär-Staat der KPD, „Gegner des Volkstums“. Man wirft dem Genossen Florin Verlebung der

Streifende Geleite in Danzig verhaftet

Die Besatzung des Dampfers „Nordsee“, die im Danziger Hafen kreuzt, ist verhaftet worden. Einige erwerbslose Danziger Seeleute wurden ebenfalls verhaftet.

Freiberger Arbeiter gegen Negebroß

In einer von der roten Hilfe in Freiberg durchgeführten Massenversammlung wurde nachfolgende Resolution angenommen: „Die am 4. 1. 32 in Freiberg im Schwarzem Hof verhafteten Arbeiter, Angehörigen und Gewerbetreibenden haben dem bevorstehenden Prozeß gegen acht Negebröder in Freiberg Kenntnis erhalten. Mit Entrüstung wird die Arbeiterbewegung durch die Dolär-Bourgeoisie entsetzt. Die Negebröder verlangen die sofortige Freilassung der acht Negebröder und geloben mit allen Kräften, gemeinsam mit der KPD und den übrigen revolutionären Organisationsgruppen die Freilassung aller auch in Deutschland inhaftierten 6000 politischen Gefangenen zu erwirken.“